Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 31. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 23.09.2024

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

5. Neubau für die Regionalstelle Nord in Halle (Westf.) - DS-Nr.: 6266 -

Die Verwaltung führte aus, dass durch den im Kreisausschuss am 28.05.2024 angeregten Einbau einer Außen- anstelle einer zweiten Innentreppe keine nennenswerten Raumressourcen eingespart werden könnten. Dennoch spreche sie sich für eine derartige Umplanung aus, da durch eine Außentreppe weiterer Büroraum geschaffen und damit mittlerweile veränderten fachlichen Anforderungen nachgekommen werden könne. Die Mehrkosten lägen mit 120.000 € noch innerhalb des geplanten Budgets. Die Stadt Halle (Westf.) als benachbarte Grundstückseigentümerin habe ihre Zustimmung zur Baulast gegeben.

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen finde in der Abt. Jugend aktuell eine Personalbemessung statt. Die Ergebnisse würden voraussichtlich im Winter in den betroffenen Ausschüssen vorgestellt.

Die AfD-Fraktion erkundigte sich, wie sich die Mehrkosten von 120.000 € auf die Außentreppe und den zusätzlichen Büroraum von 40 qm aufteilten.

Die Verwaltung sicherte zu, eine detaillierte Kostenübersicht mit der Niederschrift nachzureichen (s. Anlage).

Die SPD-Fraktion hob ihr bisheriges Ziel hervor, durch den Einbau einer Außentreppe Kosten einsparen und nicht Mehrkosten schaffen zu wollen. Es sei aber sinnvoll, für die Zukunft Räume vorzubehalten.

Zum ab 2026 eingeführten Rechtsanspruch im Bereich der Offenen Ganztagsschule (OGS) liege ihres Wissens noch kein Ausführungsgesetz des Landes NRW vor. Sofern das OGS-Angebot weiterhin durch die Städte und Gemeinden gestellt werde, dürfe hier keine Doppelstruktur aufgebaut werden. Dies solle ggf. nochmals im Jugendhilfeausschuss thematisiert werden.
Die Verwaltung bekräftigte dies und wies darauf hin, dass es voraussichtlich kein Ausführungsgesetz geben werde, aber bereits ein Erlass der beteiligten Ministerien vorliege. Der Rechtsanspruch richte sich demnach gegen das Jugendamt. Das OGS-Angebot für die allgemeinbildenden Schulen solle aber weiterhin durch die Städte und Gemeinden betrieben werden. Zur Umsetzung seien noch sehr viele Fragen offen. Mit den Kommunen, die größtenteils bereits sehr gut auf diesem Gebiet aufgestellt seien, sei sie daher in intensiven Gesprächen. An den Stellen, an denen die Zuständigkeit für die Jugendhilfe und Trägerschaft der Grundschulen auseinanderfielen, gebe es jedoch große organisatorische Probleme. Auch als Trägerin der Förderschulen müsse sie an dieser Stelle noch vieles klären, beispielsweise zur OGS-Zuständigkeit bei den Förderschulen in der Stadt Gütersloh. Ebenso müsse finanziell bedacht werden, dass es sich um eine bundesgesetzliche Aufgabe handle und die Finanzierung durch das Land sichergestellt werden müsse.

Die CDU-Fraktion erklärte ihre Zustimmung und betonte, dass zwei Notausgänge in entgegengesetzten Ecken des Gebäudes sowie die Schaffung weiterer Raumreserven sicherlich sinnvoll seien.

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Umsetzung des Neubaus der Regionalstelle Nord mit einer Außentreppe fortzusetzen.

Ergebnis: Einstimmig